

Betreff: Petition Arbeitszeitgesetz / Einbindung aller  
Betroffener, Begutachtungsverfahren



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **DRINGLICHER ANTRAG**

**an den Gemeinderat  
eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 5. Juli 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ein Themenfeld wie dieser 12 Stunden-Tag bzw. die 60 Stunden-Woche derart emotionalisiert, für eine solche Vielzahl an ablehnenden Stimmen quer über die gesellschaftliche Bandbreite hinweg sorgt, da kann von parteipolitisch gesteuertem Geplänkel keine Rede mehr sein. Denn es wird doch wohl niemand der österreichischen Bischofskonferenz unterstellen wollen, sie stünde im Sold der SPÖ, die FCG wäre zur Sozialdemokratie gewechselt.

Richtig, was manchen vielleicht unangenehm ist, aber sich nicht wegschweigen lässt: Sogar die Bischofskonferenz hat den Gesetzesentwurf sowohl in Hinblick auf Vorgehensweise wie auch Inhalt als "völkerrechtswidrig", "demokratiepolitisch bedenklich", "Geringschätzung des Familienlebens" beurteilt; in den Vatican News wird in Zusammenhang mit der Ausweitung der Arbeitszeit auf einen 12 Stunden-Tag bzw. die 60 Stunden-Woche davon ausgegangen, dass dies einseitig Arbeitnehmer belaste und nur die Interessen von Wirtschaft und Industriellen bediene. Und die Vatican News stehen nun nicht gerade in Verdacht, SPÖ-gesteuert zu sein, sie gelten als ein Sprachrohr des Papstes und geben in diesem Fall das wieder, was zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher DienstnehmerInnen, also die Beschäftigten der Kirche, befürchten: Längere Arbeitszeiten würden die Freiheit der Beschäftigten einschränken und das Familienleben nachteilig beeinflussen und auch die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen und Hilfsorganisationen massiv beschränken; sogar von einer Verletzung der Würde der Arbeit ist die Rede.

Oder: Der Vorarlberger AK-Präsident Hämmerle, der Tiroler AK-Präsident Zangerl, die beide den Entwurf so vehement ablehnen, wie die gesamte FCG-Spitze in der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer, auch hier in der Steiermark.

Sie alle machen das, wofür sie sich verpflichtet sehen: Sich für jene einzusetzen, die sie zu vertreten haben: die arbeitenden Menschen in diesem Land.

Warum ich das so betone: Weil es schlichtweg falsch ist, weil es schlichtweg eine glatte Lüge ist zu behaupten, der Widerstand gegen den 12 Stunden-Tag, gegen die 60 Stunden-Woche wäre ausschließlich parteipolitisch motiviert: Die österreichischen Bischöfe strafen jene, die das behaupten, Lüge!

Es geht darum ArbeitnehmerInnen korrekt zu behandeln, durch derartige Arbeitszeit-Regelungen nicht ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen, sondern gemeinsam mit der Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen, mit den Sozialpartnern eine kluge, gute Arbeitszeitregelung mit Augenmaß und mit Rahmenbedingungen zu finden, die nicht nur einen Sieger und die Beschäftigten als die Verlierer sieht, sondern die ausgewogen, fair, gerecht ausgelegt sind. Und das in Zusammenhang mit einem ordentlichen, korrekten Begutachtungsverfahren. Dies auch, damit sich nicht der Eindruck verfestigt, dass diese neue österreichische Bundesregierung nach der Wahl ausschließlich den Verpflichtungen gegenüber ihrer Gönner, Sponsoren, Finanziers nachkommen müsse.

Und es geht auch schlicht und einfach darum, deutlich zu zeigen, dass Aussagen wie jene eines wild gewordenen Wirtschaftskammer-Funktionärs nur Minderheitsmeinung sind, wonach die Beschäftigten - wohlgemerkt, wir reden von Menschen - nur als Produktionsfaktoren und Lohnstückzahl-Kostenfaktor zu sehen wären, man von den unselbständig Erwerbstätigen als den Wertlosen reden könne. Oder dass dieser unglaublich dumme, aber sauteure Werbesport der Wirtschaftskammer, der nach einem gewaltigen Shitstorm aus dem Verkehr gezogen werden musste, ein Ausrutscher war.

Ja, es geht es darum, das sehr nachdrücklich einzufordern, was Österreich stark gemacht hat, in Österreich für Wohlstand gesorgt hat, Österreich zu einem der reichsten und vor allem auch friedlichsten und sozial ausgewogendsten Staaten gemacht hat: Nämlich das Gespräch zu suchen, das Miteinander vor das Trennende zu stellen und auf dieser Ebene einen gemeinsamen Weg zu suchen: Ein Gesetz in solcher Weise durchzudrücken, ohne Begutachtung, ohne Gespräch, ohne Einbindung der Interessensvertretung der Betroffenen, ist eine Vorgehensweise, die in Österreich einmalig ist, die einer österreichischen Bundesregierung nicht würdig ist.

Im Übrigen: Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten durchschnittlich 41,4 Arbeitsstunden pro Woche, die Jahresarbeitszeit – das bestätigt sogar eine von der WKO veröffentlichte Studie, die auch die Feiertage miteinberechnet – liegt deutlich über jener der Eurozone, schon jetzt werden jedes Jahr 250 Millionen Überstunden geleistet – rund 50 Millionen Überstunden aber NICHT bezahlt. Und die Flexibilisierung der Arbeitszeit hat ebenso längst in den Gesetzen Einzug gehalten wie die deutliche Ausweitung der 40 Stunden-Woche. Dies aber nur über Betriebsvereinbarungen, im Einvernehmen mit Betriebsrat oder Personalvertretung und unter Beachtung entsprechender Rahmenbedingungen. Und genau das sieht dieses Gesetz nicht vor – Freizeit, betriebliche Gesundheitsvorsorge, die Abgeltung dieser Mehrleistungen, das alles wird ausgespart, die DienstnehmerInnen werden somit zu Freiwild und sind auf die Gnade des Dienstherrn angewiesen.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat ersuchen, die Novelle des Arbeitszeitgesetzes zurückzunehmen und speziell die Bereiche des 12 Stunden-Tages und der 60 Stunden-Woche einem für ein solches Gesetz üblichen Begutachtungsverfahren unterziehen wobei auf jeden Fall auch die Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen in dieses Verfahren einzubeziehen ist, um eine ausgewogene, faire Arbeitszeitregelung zu entwickeln, die den Anforderungen und Bedürfnissen ALLER Betroffenen gerecht wird.